

## **Kämpfer gegen Korruption in Afrika bedroht**

Bereits im Oktober 2008 kritisierten die AFP und die Erklärung von Bern (EvB) die Verschleppung eines Verfahrens betreffend die Veruntreuung öffentlicher angolanischer Gelder durch die Genfer Justiz. Sie forderten Generalstaatsanwalt Daniel Zappelli auf, das seit 2000 hängige Verfahren endlich zu Ende zu führen.

Nun versucht die EvB das formelle Einverständnis von sechs angolanischen Bürgern zu bekommen, die 2006 eine Anzeige gegen die Genfer Justiz gemacht hatten, um eine Beschwerde gegen die unrechtmässige Verweigerung bzw. Verzögerung des Entscheids zu führen. Es gibt aber von seiten der Angolaner Bedenken hinsichtlich ihrer persönlichen Sicherheit, wenn sie sich weiter exponieren. Es ist daher im Moment offen, ob sie ihr Einverständnis zur Beschwerde geben werden.

Diese Beschwerde wäre wahrscheinlich die letzte Möglichkeit, um Druck auf die Genfer Justiz auszuüben und der drohenden Verjährung entgegenzuwirken. Aufgrund der Beschwerde könnte das Appellationsgericht den Generalstaatsanwalt zum Handeln auffordern.

Auch im Fall Mobutu, der diesen Juli ein trauriges Ende genommen hat (fpi 3/09), stellen jetzt Leute des kongolesischen Comité de sécurité mixte, einer Geheimdienst-Miliz, welche der Garde Républicaine unterstellt ist, den Aktivisten in Kinshasa nach. Die NGO Détectives pour les droits au quotidien DEDQ, welche die kongolesische Mobutu-Koalition koordinierte, engagiert sich seit Jahren auch gegen Menschenrechtsverletzungen, welche durch die Sicherheitskräfte begangen werden. Im Zusammenhang mit deren wachsender Gewalt gegen Journalisten und Flüchtlinge im Osten des Landes dokumentierte DEDQ zahlreiche Fälle, informierte die Behörden und kritisierte offen die verbreitete Praxis der Einschüchterungen und des Verschwindenlassens.

Aktion Finanzplatz hat für den betroffenen Generalsekretär und dessen Familie umgehend einen Personenschutz durch die MONUC vor Ort organisiert. Im Laufe weiterer zwei Wochen floh die Schwester des DEDQ-Vertreters nach Südafrika, da die Leute des Sicherheitsdienstes ihr drohten, sie als Geisel an Stelle des untergetauchten Bruders zu nehmen – eine perfide, klar grundrechtswidrige, aber verbreitete Taktik. Dieses Schicksal ereilte dann leider am 21. November einen betagten und zuckerkranken Onkel, um dessen Überleben ohne medizinische Versorgung man bangen muss. Diplomatische Démarchen und die Suche nach dem festgehaltenen Onkel durch die MONUC laufen. (aro,mam)